

gionsunterrichts in der Volksschule und im Zusammenhange damit mit dem Schulstreik in der Südlaufig. Es wurde folgende Entschliessung angenommen: „Die am 1. Juli im katholischen Gesellenhaus in Baugen zahlreich versammelten Eltern beider Konfessionen sprechen den im Schulkampfe stehenden christlichen Eltern der Südlaufig ihre volle Sympathie aus. Sie warnen den Kultusminister, den Vogen zu überspannen und weisen entschieden die verfassungswidrige Behauptung zurück, die sächsische Volksschule sei keine konfessionelle mehr. Sie fordern die sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen des Reichsschulgesetzes und lassen nicht nach, für die christlichen Kinder die Bekennerschule zu fordern, wie es die Reichsverfassung verlangt. Gleiches Recht für alle Deutschen!“

**Radeberg, 4. Juli.** (Verabschiedung des Oberstudien direktor Prof. Dertel.) Gestern, vormittags 9 Uhr, fand im Festsaal unserer Realschule eine ernste Feier statt, zu der sich Vertreter der städtischen Körperschaften, der Realschulkommission und des Realschulvereins, sowie der „Vereinigung ehemaliger Realschüler“ eingefunden hatten, galt es doch, den verdienstvollen Leiter der Schule, Oberstudien direktor Prof. Dertel, der infolge des kürzlich im Landtage beschlossenen Altersgesetzes in den Ruhestand treten muß, aus seinem Amte zu verabschieden. Nach dem Vortrag des Largo von Heydn durch drei Herren des Lehrerkollegiums, entließ Bürgermeister Uhlig den Scheidenden aus seinem Amte, wobei er an der Hand des Briefes an den Stadtrat, unter welchen Bedingungen Prof. Dertel im Jahre 1902 die Leitung der damaligen „Höheren Knabenschule“ übernahm, dessen Charakter schilderte, als dessen hervorsteckendsten Zug er das hohe Pflichtbewußtsein und die Pflichttreue des Scheidenden schilderte, dem er einen recht glücklichen Lebensabend wünschte. Darauf ließ das Schillerorchester, das damit zum ersten Male in die Öffentlichkeit trat, ein stimmungsvolles „Altes Lied“ von Franz Wagner erklingen, an das sich die Abschiedsrede des stellvertretenden Direktors, Studien direktor Dhwald, anschloß, der in bewegten Worten den guten Kampf schilderte, den der Scheidende für seine Schule geführt hat, wie er diese aus kleinsten Anfängen unter den widrigsten Verhältnissen zu der Höhe führte, die sie jetzt erreicht hat, und wie er in diesem Kampfe zuletzt doch Sieger geblieben ist. Als Zeichen der Verehrung seiner Mitarbeiter verkündete er, daß das Lehrerkollegium den Grundstock zu einer „Nathanael-Dertel-Stiftung“ in Höhe von einer halben Million Mark gelegt hat, die die Vereinigung der ehemaligen Realschüler noch wesentlich erhöhen will, um den Namen des ersten Direktors dauernd mit der Schule zu verbinden. Als sichtbares Erinnerungszeichen soll ein Bild der Realschule sein Heim schmücken, dessen Herstellung infolge der Kürze der Zeit noch nicht möglich war. Nachdem das Schillerorchester das Largo von Händel zum Vortrag gebracht hatte, verabschiedete sich Oberstudien direktor Dertel bewegten Herzens von der Stätte, die ihm so lieb und wert geworden ist, und legte seinen Worten das Thema zugrunde, das er bei der nächsten Entlassung der Abiturienten wählen wollte: „Von der Dankbarkeit“. Dank statete er ab allen seinen Mitarbeitern, den städtischen Körperschaften und nicht zum mindesten der Jugend, die ihn bei seiner Lebensarbeit jung erhalten hat. Der Gesang des „Comitat“ beschloß die Feier, die einen tiefen Eindruck auf alle Anwesenden machte. — Möge es dem verdienstvollen Manne, der so urpflöchtig aus seinem Wirkungskreise herausgerissen wurde, vergönnt sein, noch eine lange Reihe von Jahren in körperlicher und geistiger Frische seinen Ruhestand zu genießen!

**Radeberg.** (Ein betrügerischer Zigeuner.) Wegen Betrugs beim Pferdehandel wurde hier ein Angehöriger der auf dem Kobplatz lagernden Zigeuner verhaftet, am Abend aber nach Hinterlegung einer Kaution von 20 Millionen Mark (!) wieder auf freien Fuß gesetzt.

**Dresden.** (Aus den Landtagsausschüssen.) Der Haushaltsausschuß verabschiedete am Dienstag aus dem Haushaltsplan die Statkapitel 32, Gesamtministerium und Staatskanzlei, 37 — Sächsische Staatszeitung. Von bürgerlicher Seite wurde die Sächsische Staatszeitung wegen ihrer parteipolitischen Einseitigkeit heftig angegriffen und darauf hingewiesen, daß das aus allgemeinen Mitteln getragene Blatt nicht einseitig im Dienste einer Partei stehen darf. Die Kommunisten erklärten ihr Einverständnis mit der Haltung der Staatszeitung. Die Sozialisten traten dafür ein, daß die Schriftleiter des Blattes als Staatsbeamte und nicht als Angestellte beschäftigt werden. Gegen die Bürgerlichen wurden die Einstellungen genehmigt. Kapitel 70 — Landesanstalten — ist ebenfalls nach der Vorlage verabschiedet worden. Ueber die religiöse Erziehung der Schwesternschaft und die Tätigkeit der Geistlichen entspann sich eine längere Debatte. Die Kommunisten wenden sich gegen Andachten und religiöse Übungen in den Anstalten. — Im Haushaltsausschuß A wurde die Vorlage 65, den Entwurf eines Gesetzes zur Veränderung des Unterhaltungs vom 31. 1. 23 betreffend, behandelt, wobei die Unterhaltungs von ursprünglich 75 Millionen auf 275 Millionen erhöht wurde. Außerdem soll die Regierung ermächtigt werden, bis zu 270 Millionen Schatzanweisungen auszugeben. Im übrigen wurden eine große Reihe von Kapiteln des 2. Nachtrages zum Haushaltsplane 1922 sowie des Haushaltsplanes 1923 erledigt.

**Dresden.** (Verurteilung eines Arztes.) Der in Meissen praktizierende Arzt Dr. Georg Ernst Heller wurde vom hiesigen Landgericht wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe von 100 000 M verurteilt. Er war beschuldigt, am 19. Januar durch Fahrlässigkeit der erforderlichen Aufmerksamkeit fahrlässigerweise den Tod der 26jährigen Schauspielerin Irma Hilde Hopp vom Meißner Stadttheater verursacht zu haben.

**Dresden.** (Marktstandgericht.) Wegen Preissteigerung beim Handeln mit Schweinen erhielt der Viehhändler Ernst Max Bauenstein aus Meissen zwei Millionen Mark Geldstrafe auferlegt.

**Wernsdorf.** (Autounfall.) Am Montag nachmittag fuhr ein Motorradfahrer in ein fahrendes Personenauto. Der Anprall war so heftig, daß der Motorradfahrer von seinem Rad geschleudert und so schwer verletzt wurde, daß er bald darauf starb.

**Sohrenstein-Genshthai.** (Verbandstag sächsischer Schuhmacher-Innungen.) Auf dem hier abgehaltenen 5. Verbandstag sächsischer Schuhmacher-Innungen, der von Obermeister Angermann-Dresden geleitet wurde, stand u. a. der straffere Zusammenschluß des Handwerks zur Beratung. Verhandlungen mit Vorträgen in allen Landesbezirken sollen ihn herführen helfen. Bei den Regierungsstellen soll erneut gegen das Pflüchertum Stellung genommen werden. Die Entschädigung für Beurlaubung wurde je Halbjahr steigend von 450 bis 18 500 M festgesetzt. Angenommen wurde ein Antrag, arbeitslosen Handwerkern Erwerbslosenunterstützung zu gewähren, während die Verlängerung der Arbeitszeit abgelehnt wurde. In der Häuftefrage will man bei der Regierung wegen der Zurückhaltung vorstellig werden. Die Fachschule Siebenlehn

soll feste Innungsbeiträge erhalten. In den Vorstand wurden Obermeister Hofmann-Seidenan und Feudel-Ditsch neu gewählt.

**Geringswalde.** (Im Scherz erschossen.) Der Gutsbesitzer Henischel in Schaagwitz hatte sein Lebehin geladen und geschickt zum Taubenschützen schießen gelassen. Ein 15jähriger Wirtschaftsgehilfe bemerkte es und legte es im Scherz auf die im Nebengebäude herabkommende 15jährige Wirtschaftsgehilfin Ida Pfeil an. Blöcklich löste sich der Schuß und das Mädchen stürzte tödlich getroffen die Treppentufen herunter.

**Chemnitz.** (Zeitungs-Jubiläum.) Das im Verlage von J. C. F. Videnhahn & Sohn, A. G., Chemnitz, erscheinende „Chemnitzer Tagesblatt“ erschien anlässlich seines 75jährigen Bestehens am 1. Juli als eine umfangreiche Festschrift, die 176 Seiten umfaßt und damit die stärkste je herausgegebene Zeitungsnummer der Welt darstellt. Besonders reich ausgestattet ist die Industriebefilage, die in drei Sprachen mit den bedeutendsten Industriellen Westsachsens bekannt macht und einen Einblick in die gewaltige industrielle Betätigung des Chemnitzer Wirtschaftsbezirkles gewährt.

**Blauen.** (Einbruch.) Mittels Einbruches wurden aus einer Karbonitfabrik in Unterhainersdorf bei Reichenbach 300 Gramm Platin im Werte von 150 Millionen Mark gestohlen. Von den Spitzhuben fehlt jede Spur.

**Annaberg.** 4. Juli. (Eine fünfköpfige Räuberbande drang nachts in das Gehöft des Landwirts Knauts in Spargau ein, fesselte den Besitzer und seinen erwachsenen Sohn und spernte sie in eine Kammer. Dann durchsuchten die Räuber alle Räume, raubten alles, was ihnen wertvoll erschien und flohen. Der Landwirt konnte sich bald von seinen Fesseln befreien und nahm die Verfolgung der Räuber auf. Als er sie gestellt hatte, entwickelte sich ein heftiger Kampf, in dessen Verlauf der Gemeindevorsteher Zeiger erheblich verletzt wurde. Drei der Banditen konnten festgenommen werden. Sie stammen aus Rastitz.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

**Berlin, 4. Juli.** (Freitag Vertagung?) Die Erledigung der Verbrauchssteuervorlage in zweiter und dritter Lesung soll nach einer Vereinbarung unter den Parteien erst am Freitag stattfinden. Wahrscheinlich wird man auch an diesem Tage in die Ferien gehen.

**Berlin, 4. Juli.** (Zum Besuch Pacellis beim Reichskanzler.) Zum heutigen Besuch des päpstlichen Nuntius in Berlin, Pacelli, beim Reichskanzler schreibt der „Lokal-Anzeiger“, es handelt sich offenbar um die Uebermittlung des Auftrages, den der Kardinal-Staatssekretär Gaspari an Pacelli gegeben habe, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß die Sabotage-Akte gegen die Einbruchsmächte aufhören sollten. — Der „Lokal-Anzeiger“ bemerkt fernerhin: Hierzu ist zu bemerken, daß die Reichsregierung auf das Aufhören der Sabotage-Akte wenig Einwirkungsmöglichkeit haben dürfte. Man darf die Erwartung aussprechen, daß der Kardinal-Staatssekretär Gaspari den Auftrag, den er dem päpstlichen Nuntius in Berlin übertrug, habe, auch dem päpstlichen Nuntius in Paris erteilt habe, damit die rechtsmündigen Uebergriffe der Besatzungsmächte auf deutsches Gebiet aufhören, deren Rückwirkung ja erst die deutschen Sabotageakte sind. — Der Reichskanzler wird heute die Führer der Parteien empfangen. Bei dieser Gelegenheit dürfte der Wunsch der meisten Parteien auf eine außenpolitische Aussprache im Reichstage, sobald aber auch jene Mitteilung Gasparis an Pacelli besprochen werden. (Anmerkung der L. A.: Nach einer Mitteilung der „Agenzia Stefani“ ist in dem Telegramm Gasparis an Pacelli davon die Rede, daß die deutsche Regierung Sabotage-Akte verurteilen soll.)

**Berlin, 5. Juli.** (Die Besprechungen beim Reichskanzler.) Der „Lokal-Anzeiger“ berichtet: Im Laufe des gestrigen Nachmittags fand noch eine weitere Besprechung zwischen dem Reichskanzler Dr. Cuno und dem päpstlichen Nuntius Pacelli statt. Der Vertreter des Heiligen Vaters brachte den Wunsch des Papstes zum Ausdruck, daß die Regierung sich gegen die Sabotageakte wenden möchte. Die Reichsregierung ist umso eher in der Lage diesem Wunsche zu entsprechen, als gerade der Reichskanzler sich zu wiederholten Malen gegen diese Akte ausgesprochen hat. Heute wird eine neue Besprechung zwischen dem Reichskanzler Dr. Cuno und dem Nuntius Pacelli stattfinden. — Gestern wurden auch die Führer der Sozialdemokratie, der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und der Deutschnationalen vom Reichskanzler und dem Außenminister empfangen. In den Besprechungen über die außenpolitische Lage wurden auch die Fragen, die mit dem päpstlichen Nuntius besprochen wurden, erörtert. Es ist damit zu rechnen, daß die Regierung sich wahrscheinlich noch heute Abend in einer offiziellen Veröffentlichung durch die Presse gegen Sabotageakte wenden wird. Gleichzeitig werden auch die rheinischen Abgeordneten, voraussichtlich mit Ausnahme der deutschnationalen Abgeordneten, eine ähnliche Erklärung abgeben. Innerhalb der Sozialdemokratie war der Wunsch nach einer außenpolitischen Aussprache im Reichstage noch vor Beginn der Ferien laut geworden. Der Reichskanzler machte die Führer der Fraktionen auf die außenpolitischen Folgen aufmerksam. Heute wird in einer Sitzung darüber entschieden werden, ob auch die sozialdemokratische Fraktion sich die Ansicht ihrer Führer, die der Meinung des Reichskanzlers sich nicht verschließen konnten, zuzugestehen. In den Besprechungen war von dem Abgeordneten Dr. Stresemann der Vorschlag gemacht worden, den Reichskanzler oder auch den Außenminister über die mit Pacelli verhandelten Fragen in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages sprechen zu lassen. Dieser Vorschlag wurde von der Regierung abgelehnt. Auch wünscht der Reichskanzler keine grobangelegte innenpolitische Aussprache, die sich heute oder morgen im Reichstage bei der Erörterung der Steuervorlagen entspannen könnte.

— (Danziger Frage, Saarproblem und Bölkerbund.) So heftig die freie Stadt Danzig auch um sein Dasein kämpft, hat es Polen doch auf Grund von Gewaltmaßnahmen unter dem Schutze Frankreichs verstanden, in wirtschaftlicher Beziehung Danzig dem polnischen Zollgebiet anzugliedern, um so die deutschen Geschäftsinhaber und Industriellen ostwärts zu orientieren.

Ungeheure Bölle zur Verhinderung der Einfuhr deutscher Waren, willkürliche, plötzliche Heraussetzung des Zollmultiplikators tragen ferner Sorge dafür, daß das System der Schikane nicht aufhört. Zum Ueberflusse verlangt nun Polen vom Bölkerbund die Revision der Danzig-polnischen Konvention. Da jedoch selbst nach Ansicht der Entente die Vorschläge des Friedensvertrages und der Konvention von Danzig loyal durchgeführt worden sind, dürfte die Warschauer Regierung mit ihrer Petition in Genf wenig Glück haben. Weniger hoffnungsvoll erscheint die Auswirkung des englischen Antrages im Bölkerbundsrat darüber, ob die Verwaltung des Saargebietes den Bestimmungen des Versailler Vertrages auch tatsächlich entspricht. So interessant die Debatte zwischen Hanotaux Frankreich und Lord Robert Cecil England über diesen Antrag der Londoner Regierung zu werden verspricht, kann man wohl annehmen, daß vor der offiziellen Aussprache darüber bereits ein Einvernehmen bezugnehmend eine Annäherung in den beiderseitigen Standpunkten erzielt worden ist, die sicherlich für die Saargebietbevölkerung wenig Anlaß zu irgend welchen Hoffnungen auf eine baldige Aenderung des gegenwärtigen Regiments geben dürfte.

**Berlin, 4. Juli.** (Streik der Metallarbeiter.) In einer stark besuchten mehrstündigen Sitzung haben gestern Abend die Funktionäre des Metallarbeiterverbandes den am Nachmittage im Reichsarbeitsministerium gefällten Schlichterspruch einstimmig abgelehnt und die britischen Verhandlungen des Metallarbeiterverbandes in Berlin beauftragt, unverzüglich die Maßnahmen zur Durchführung des Ausstandes zu treffen. Eine weitere Urabstimmung findet nicht statt. Es ist damit zu rechnen, daß schon heute in einer Reihe von Betrieben der Berliner Metallindustrie der Ausstand beginnen wird.

— (Sabotageakte im Ruhrgebiet.) Es hat ganz den Anschein, als ob es der französischen Propaganda gelingen wollte, die deutschen Sabotageakte im Ruhrgebiet in der Meinung des Auslandes zu Verbrechern zu stempeln und damit die unerhörten Bluttatete die von französischen Kriegsgerichten verhängt werden, bis zu einem gewissen Grade zu rechtfertigen. Dem gegenüber muß von deutscher Seite mit Entschiedenheit betont werden, daß nicht der Verbrecher ist, der in Notwehr handelt, sondern der, der einen wehrlosen mitten im Frieden überfällt und ihn mit überlegenen Waffen vergewaltigt. Für alle Unglücksfälle im Ruhrgebiet, mag es sich nun um unglückliche Zufälle oder tatsächliche Sabotageakte handeln, trägt einzig und allein die französische Regierung die Verantwortung, die unter Bruch des Friedensvertrages und in Mißachtung des Bölkerrechtes ein feindselig arbeitendes Volk mit Waffengewalt überfallen hat. Die Ursache der Explosion auf der Hochfelber Rheinbrücke ist immer noch nicht völlig aufgeklärt und es liegt Grund zur Annahme vor, daß die Franzosen alles tun, um eine solche Aufklärung zu hindern, da sie sonst gezwungen wären, ihre brutalen Maßnahmen gegen die unschuldige Bevölkerung zurückzunehmen. Die Verantwortung für das Unglück liegt einzig und allein bei den militärischen Behörden, die der zuständigen deutschen Verwaltung die Eisenbahn entzogen haben. Die deutsche Verwaltung hat also nicht mehr den geringsten Einfluß auf die militärischen Strecken und kann deshalb auch in keiner Weise für Vorfälle auf ihnen verantwortlich gemacht werden. Vorkommenden Sabotageakten steht die deutsche Regierung völlig fern und es braucht nur daran erinnert zu werden, daß der Reichskanzler bei seiner Anwesenheit in Wormen entschieden vor solchen Akten gewarnt hat. Die preussische Regierung hat in wiederholten Fällen aus Eigenem die Verfolgung von Attentätern aufgenommen. — Die unerhörten Maßnahmen die Frankreich und Belgien im Ruhrgebiet ergriffen haben, werden den Widerstandswillen der Bevölkerung nicht brechen, sondern höchstens dazu führen, daß es den Mahnungen der Behörden länger nicht mehr genügt, die Empörung der Bevölkerung im Zaum zu halten und daß neue Verzweiflungszustände erfolgen.

— (Ausrufung der Rhein-Republik?) Am 14. Juli.) Aus dem besetzten Gebiet wird uns mitgeteilt, daß man dort die Abberung des besetzten vom unbesetzten Deutschland sowie die immer strengeren Abberungen innerhalb des Rhein- und Ruhrlandes als Vorbereitung auf die Ausrufung der „Rheinischen Republik“ ansieht. In Essen wird ganz offen von der Absicht Frankreichs gesprochen, den 14. Juli als den französischen Nationalfeiertag durch diese Heldentat gegen eine wehrlose gemachte Bevölkerung zu verschönern. — Eine solche französische Absicht würde leider recht gut zu der Verschleppungstaktik Poincarés passen, die nur dann einen Sinn haben kann, wenn er irgendeinen Schlag für die aller nächste Zeit plant.

#### Schweiz.

**Genf, 3. Juli.** (Die Saar-Frage vor dem Bölkerbund.) Der Bölkerbundsrat trat heute vormittag zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, um die Erörterung der Saarfrage zu beginnen. Der Rat beschloß, nach Entgegennahme der Ausführungen Lord Robert Cecil und des französischen Delegierten Hanotaux, die ganze Regierungskommission, und nicht nur den Präsidenten allein, nach Genf kommen zu lassen und sich von ihr alle Aufschlüsse geben zu lassen. Ueber den Antrag des schwedischen Delegierten Brending, auch den Landrat anzuhören, soll nach Vernehmung der Regierungskommission entschieden werden, falls der Bölkerbund dann noch diese Vernehmung für notwendig hält. Lord Robert Cecil hat sich damit zufrieden gegeben, daß der Bölkerbundsrat vor Vernehmung der Regierungskommission die Prüfung seines Antrages vornimmt, ob die Verwaltung des Saargebietes durch die Regierungskommission dem Versailler Vertrage entspricht und ob auf die Entsendung einer besonderen Kommission in das Saargebiet zur Untersuchung der dortigen Verhältnisse verzichtet wird. In der Dienstag-Sitzung stand auch die Polnische Danziger Streikfrage auf der Tagesordnung. Es wurde beschlossen, die freitägigen Punkte einem internationalen Gerichtshof zu unterbreiten. Den gleichen Beschluß faßte der Bölkerbund bezüglich der Streitigkeiten zwischen Ungarn und Rumänien.

#### Italien.

**Rom, 4. Juli.** (Der deutsche Botschafter beim Vatikan besucht Gaspari.) Der deutsche Botschafter beim Vatikan hat gestern den Kardinalstaatssekretär Gaspari besucht und zwar im Zusammenhange mit dem Telegramm Gaspari an den päpstlichen Nuntius in Berlin, Pacelli. Von unterrichteter Seite wird erklärt, daß das Telegramm auf einen Druck des französischen Botschafters zurückzuführen sei, der angeblich eine Beurteilung des polnischen Widerstandes vom Papste erpressen wollte. Nach diesen Mitternachtsmeldungen fordert das Telegramm eine Antwort der deutschen Regierung. Vielleicht wird dann die Antwort Deutschland den Papst als Schlichter über die Ereignisse an der Ruhr vorschlagen.

#### Frankreich.

**Paris, 4. Juli.** (Deutschland soll sämtliche Besatzungskosten zahlen.) Die französische Kammer hat gestern über die von Deutschland zurückzugahlenden Vergütungen eine Diskussion angefangen. Laut „Deuxième“ sind in dieser Rubrik auch die französischen Besatzungskosten für die Ruhr eingestuft. Aus dem Bericht über die Kosten